

25.09.2024

Kleine Anfrage 4561

der Abgeordneten Henning Höne und Franziska Müller-Rech FDP

Wie steht es um das Versprechen des Ministerpräsidenten, jeder Schülerin und jedem Schüler eine Gedenkstättenfahrt zu ermöglichen?

In Nordrhein-Westfalen nimmt die historisch-politische Bildung einen zentralen Stellenwert in der Entwicklung von Schulen und Unterricht ein. In den letzten Jahren haben viele Schulen begonnen, Kooperationen mit externen Partnern zu etablieren. Ein wesentlicher Aspekt dieser Bemühungen ist die Integration von Exkursionen zu Erinnerungs- und Gedenkstätten in das Bildungsprogramm für Schülerinnen und Schüler. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten die Schulen mit diesem Engagement einen bedeutsamen Beitrag zur historisch-politischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen.

Die Vorgängerregierung aus CDU und FDP hatte das Landesprogramm „Gedenkstättenfahrten“ mit dem Schuljahr 2018/19 erstmals aufgelegt und 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. Mit dem Haushalt 2020 hat das Land die Förderung von Gedenkstättenfahrten von Schulen auf eine Million Euro erhöht. Mit dem Haushalt 2022 konnte der Ansatz um 1,06 Millionen Euro auf insgesamt 2,06 Millionen Euro erhöht werden.

Gefördert wird vom Land die Durchführung von Schulfahrten aller Schulformen für die Klassen und Jahrgangsstufen 8 bis 13.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat im Rahmen der Aussprache zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 am 13. Dezember 2023 das Ziel ausgegeben, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Nordrhein-Westfalen bis zum Ende der Schullaufbahn eine NS-Gedenkstätte besucht haben soll. Diesen Wunsch bekräftigte er unter anderem auch in seiner Neujahrsansprache für das Jahr 2024¹.

Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt diese Initiative. Sie setzt an das erfolgreiche Landesförderprogramm „Gedenkstättenfahrten“ der Vorgängerregierung an und entspricht einer Forderung, die der Fragesteller in der Plenarsitzung am 25.10.2023 aufgestellt hat (Plenarprotokoll 18/45, S. 14). Den Antrag der Fraktion der FDP, den Ansatz zum Haushalt 2024 zu erhöhen, haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in der Plenarsitzung am 13. Dezember 2023 jedoch abgelehnt.

¹ Landesregierung Nordrhein-Westfalen (1.1.2024): Neujahrsansprache von Ministerpräsident Hendrik Wüst für das Jahr 2024. Online abrufbar unter: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/neujahrsansprache-von-ministerpraesident-hendrik-wuest-fuer-das-jahr-2024> (Letzter Abruf am 18.09.2024).

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 3080² hat die Landesregierung angegeben, dass im Jahr 2024 statistisch 16.843 Schülerinnen und Schüler (abzüglich begleitender Lehrkräfte) eine Gedenkstätte im Inland sowie 8.119 Schülerinnen und Schüler (abzüglich begleitender Lehrkräfte) eine Gedenkstätte im Ausland hätten besuchen können. Dafür sind im Haushalt 2024 Haushaltsmittel in Höhe von 2.060.000 Euro eingestellt.

Im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2025 ist keine Erhöhung des Ansatzes vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler haben von einer Förderung aus Mitteln für Gedenkstättenfahrten im Schuljahr 2023/2024 profitiert? (Bitte aufschlüsseln nach Inlands- und Auslandsfahrten)
2. Wie viele Beantragungen für Gedenkstättenfahrten liegen für das laufende Schuljahr vor? (Bitte aufschlüsseln nach Inlands- und Auslandsfahrten sowie den davon profitierenden Schülerinnen und Schülern)
3. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Jahrgangsstufen, die von der Förderung für den Besuch einer Gedenkstätte im Schuljahr 2023/2024 profitiert haben?
4. Beabsichtigt die Landesregierung eine Anhebung des Fördersatzes?
5. Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand, Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen zusätzlich digitale oder hybride Besuche von Gedenkstätten zu ermöglichen (vgl. Antwort der LR, Drs. 18/7728, Frage 4)?

Henning Höne
Franziska Müller-Rech

² Landtag Nordrhein-Westfalen: Kleine Anfrage 3080 der Abgeordneten Henning Höne und Franziska Müller-Rech FDP (LT-Drucksache 18/7451).